

## Ökolumne Greening

Ein neues Wort wird aktuell: "Greening". Das will jetzt die EU als Prinzip in die Landwirtschaft einführen. Gemeint ist damit, daß in den intensiv agrarisch genutzten Flächen sehr häufig ein massiver Rückgang von geschützten Pflanzen und Tieren stattfindet. Um das zu mildern, sollen nun Rückzugsgebiete geschaffen werden, in denen gefährdete Arten überleben können.

Durch Auflagen in der Förderung der Landwirte sollen auch Nutzungskonflikte zwischen dem Anbau von Lebensmitteln und Futtermitteln einerseits und dem Anbau von Energiepflanzen und Rohstoffen für die chemische oder pharmazeutische Industrie andererseits entschärft werden.

Der Trend zur Industrialisierung der Landwirtschaft wird besonders deutlich in der Massentierhaltung, die in hohem Maße von Importfuttermitteln abhängig sind. Dazu gab es leider keine Beschlüsse des Agrarministerrates.

Zwei Tage lang haben die Agrarminister verhandelt und um die Details gefeilscht. Der Beschluß der Agrarminister wurde am Ende nur noch von den Vertretern Sloweniens und der Slowakei abgelehnt. Zwischen April und Juni sollen das Europäische Parlament und der EU-Kommission den Beschluß bestätigen. Das Europäische Parlament ist zum ersten Mal in der Mitentscheidung um 40% des Haushaltes in der Europäischen Union.

Nach dem Beschluß des Rates der Landwirtschaftsminister soll die Förderung in der Landwirtschaft künftig auf 30% der Flächen verbindlich an die Einhaltung von Ökoeffizienten gekoppelt sein. Werden diese nicht eingehalten, soll die Subvention für die Landwirte um 7,5% gekürzt werden. Allerdings sind die Definitionen, was nun unter der Ökologisierung zu verstehen ist, ziemlich weit gefasst. Nach den Vorschlägen von EU-Kommissar Ciolos sollen die Bauern um Monokulturen zu verhindern mindestens 3 Fruchtarten anbauen und aus Weideland soll kein Ackerland mehr gemacht werden.

Alle Landwirte sollen auf 5% ihrer Äcker ökologisch anbauen und insgesamt mehr Fruchtwechsel betreiben. Die von den Landwirten gefürchtete vollständige Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen ist damit abgelehnt worden. Es dürfen dort weiterhin zum Beispiel Eiweißfutterpflanzen angebaut werden.

Nach dem Beschluß der Agrarminister wird es auch weiterhin eine Kopplung der Direktzahlungen nach angebaute Fläche und Produkt geben und nicht ausschließlich nach der Fläche, wie von Deutschland und der EU-Kommission gefordert.

Die Kappung der Direktzahlungen an große Landwirtschaftsbetriebe soll nun jedem EU-Mitgliedsland selbst überlassen bleiben. EU-Kommissar Ciolos wollte die Subventionszahlungen für Großbetriebe deckeln. Rund 80% der europäischen Agrarsubventionen gehen bislang an nur ein Fünftel aller Agrarbetriebe. Bei den kleineren Landwirten dagegen hält das Höfesterben an. Die Gelder aus Brüssel gleichen kaum den Preisdruck aus, den die durchindustrialisierten Großbetriebe ausüben.

Nach den Vorstellungen des Rates sollen künftig die Direktzahlungen an die Bauern veröffentlicht werden. Dies hatte Deutschland bisher aus Datenschutzgründen abgelehnt.